

Nichts wird mehr besser, wenn schon alles gut ist: Verdrängungsmechanismen, Beschönigungsversuche und Verschleierungstechniken zur sozialen Ungleichheit

Butterwegge, Christoph

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Butterwegge, C. (2019). Nichts wird mehr besser, wenn schon alles gut ist: Verdrängungsmechanismen, Beschönigungsversuche und Verschleierungstechniken zur sozialen Ungleichheit. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 68(3), 311-318. <https://doi.org/10.3224/gwp.v68i3.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Nichts wird mehr besser, wenn schon alles gut ist

Verdrängungsmechanismen, Beschönigungsversuche und Verschleierungstechniken zur sozialen Ungleichheit

Christoph Butterwegge

Wenn ökonomische, soziale, ökologische und/oder politische Probleme zunehmen, wächst in jeder Gesellschaft das Verlangen, die Augen davor zu verschließen, die mit ihnen verbundenen Gefahren zu verdrängen und sich das Debakel schönzureden. Dann ist die Zeit für rührige Apologeten des unter Druck stehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems gekommen, die der Bevölkerung Sand in die Augen streuen, Aufgeschreckte beruhigen und die Öffentlichkeit in den geistigen Tiefschlaf versetzen. Hauptziel dabei ist, die Debatte über Entstehungsursachen, Verantwortlichkeiten und sinnvolle Alternativen möglichst zu ersticken. Ausgerechnet im Vorfeld schwerer ökonomischer oder ökologischer Krisen und in gesellschaftlichen Umbruchsituationen hat eine Beschönigungs- und Beschwichtigungsliteratur regelrecht Hochkonjunktur, die den Klimawandel genauso wie den Themenkreis „Rechtsextremismus und Gewalt“ oder das Problemfeld „Armut und soziale Ungleichheit“ behandelt. Letzteres soll im Folgenden thematisiert werden, weil die wachsende Ungleichheit sowie die allmählich bis zur arbeitenden Mitte der Gesellschaft vordringende und sich verfestigende Armut das Kardinalproblem unserer Gesellschaft bilden, dessen Folgen mittelbar oder unmittelbar sämtliche Lebensbereiche tangieren.¹



Prof. Dr. Christoph Butterwegge

lehrte bis 2016 Politikwissenschaft und ist Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) an der Universität zu Köln

Armut und/oder soziale Ungleichheit?

Fast schon zu einem Standardwerk des besagten Genres ist das von Walter Krämer um die Jahrtausendwende vorgelegte Buch „Armut in der Bundesrepublik“ avanciert, das entgegen seinem Titel behauptet, hierzulande gebe es das Problem so gut wie gar nicht. Stattdessen kritisierte der Autor eine „Jammerlobby in der deutschen Presse“, die verkenne, dass die Sozialleistungen vollkommen ausreichen, um „durchaus passabel“ zu leben; dass „Zufriedenheit und Glück nicht notwendig mit Geld zu kaufen“ und Reiche deshalb manchmal eben auch „arm dran“ seien; dass schließlich in 100 Jahren „alle deutschen Armen mit Rolls-Royce zum Golfplatz fahren“ könnten, weil Armut fälschlicherweise am Wohlstand anderer Menschen gemessen werde.²

Umgekehrt wird jedoch ein Schuh daraus: In einer Gesellschaft notleidend bzw. unterversorgt zu sein, in der keiner oder kaum einer viel hat, ist leichter zu ertragen, als in einer Gesellschaft arm zu sein, in der es als „normal“ gilt, dass Kinder nicht bloß teure Markenkleidung tragen, sondern auch ein Smartphone, ein Tablet und/oder ein iPad besitzen. Da immer mehr Gesellschaftsbereiche ökonomisiert, privatisiert und kommerzialisiert, d.h. beinahe alle Lebensabläufe stärker denn je über das Geld geregelt werden, führt Einkommensarmut heute zu einer größeren sozialen Abwertung, als dies in früheren Geschichtsperioden der Fall war.³ Je höher das Wohlstandsniveau eines Landes ist, desto niedriger fällt daher der wissenschaftliche und politische „Gebrauchswert“ eines Armutsbegriffs aus, der sich nur auf das physische, nicht jedoch auf das soziokulturelle Existenzminimum bezieht.

Krämer, damals Hochschullehrer für Wirtschafts- und Sozialstatistik an der TU Dortmund, hat in einem GWP-Artikel zum selben Thema durchblicken lassen, welches Interesse hinter seiner Polemik gegen den EU-offiziellen Armutsbegriff steckt, wonach als armutsgefährdet gilt, wessen Einkommen unter 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens liegt: „Denn wahre Armut kann man nur verringern, indem man den Armen etwas gibt, nicht, indem man den Reichen etwas nimmt.“⁴ Das heißt im Umkehrschluss: Wenn man die Armutsdefinition darauf verkürzt, was Krämer als „wahre Armut“ bezeichnet, nützt den davon Betroffenen keine Umverteilung von oben nach unten und lässt sich diese Forderung als reines Propagandamanöver der Gewerkschaften, der Wohlfahrtsverbände oder der politischen Linken abtun. Auf diese Weise wird Umverteilung als Maßnahme zur Armutsbekämpfung generell delegitimiert, d.h. auch, wenn sie christlich motiviert ist.

Kurz nach der Jahrtausendwende klagte Meinhard Miegel, damals Leiter des Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Bonn, in einem weiteren Buch dieser Art darüber, dass Armut bei uns „ständig thematisiert“ sowie „in voluminösen Berichten“ dokumentiert werde, und empfahl aufgrund des Rückgangs von Not und Elend, „in Deutschland und weiten Teilen der Europäischen Union auf den Begriff der Armut für die Beschreibung der hier herrschenden Zustände zu verzichten. Das wäre ein Akt der sozialen Hygiene und Gerechtigkeit denen gegenüber, die in unserer eigenen Geschichte Not gelitten haben und in anderen Weltregionen heute noch Not leiden.“⁵

Die in der Fachliteratur unbestrittene Erkenntnis, dass Armut nicht in sämtlichen Ländern und zu allen Zeiten über einen Leisten geschlagen werden kann, sondern dass unterschiedliche Maßstäbe nötig sind, um dem jeweiligen sozioökonomischen Entwicklungsstand adäquat Rechnung zu tragen, stört hierzulande Autoren, die den Begriff „Armut“ am liebsten so eng fassen würden, dass zumindest in der Bundesrepublik kaum noch davon die Rede sein könnte. Damit keine Missverständnisse entstehen, muss aber zwischen absoluter, extremer bzw. existenzieller Armut einerseits sowie relativer Armut andererseits unterschieden werden: *Absolut* arm ist, wer seine Grundbedürfnisse nicht zu befriedigen vermag; *relativ* arm ist, wer zwar seine Grundbedürfnisse befriedigen kann, aber nicht am sozialen, kulturellen und politischen Leben teilhat.⁶ Ein nie enden wollender Streit dreht sich um die Frage, ob man überhaupt zwischen absoluter und relativer Armut unterscheiden kann, sowie um die Frage, ob Letztere, wenn man das tut, wirklich „richtige“ Armut oder nur ein falscher Name für soziale Ungleichheit ist.

Armut? Doch nicht hier und jetzt!

Obwohl oder eventuell gerade weil sich die Öffentlichkeit und die etablierten Parteien inzwischen bewusst sind, dass im wohlhabenden Deutschland konsequenter als bisher gegen die wachsende (Kinder-)Armut vorgegangen werden muss, mehrten sich neuerdings wieder Stimmen, die vor einer Dramatisierung des Armutsproblems warnen. Beschwichtigend wirkte etwa der Hinweis von Eric Seils und Jutta Höhne vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung des DGB, dass die vermehrte Fluchtmigration des Jahres 2015 „einen deutlichen Anstieg der Kinderarmut“ nach sich gezogen habe, wohingegen die Feststellung der beiden Verfasser, das Armutsrisiko der einheimischen Kinder sei „praktisch unverändert“ geblieben, ebenso wenig Beachtung fand wie die Aufforderung, dass die Geflüchteten zu Löhnen und Bedingungen in Arbeit gebracht werden sollten, die ihren Familien „ein Leben oberhalb der Armutsgrenze“ ermögliche.⁷

Aufgrund der Beendigung ihres Aufenthalts in Gemeinschaftsunterkünften werden mit der Zeit mehr Flüchtlingsfamilien von der offiziellen Armutsstatistik erfasst, die nur Privathaushalte berücksichtigt, wohingegen sämtliche Heimbewohner/innen, Gefängnisinsassen und Obdachlose außen vor bleiben. Daher befinden sich unter den nach wie vor knapp zwei Millionen Kindern und Jugendlichen, die in sog. Hartz-IV-Haushalten aufwachsen, heute mehr Geflüchtete als noch vor einigen Jahren. Alarmierend und skandalös zugleich ist und bleibt dennoch, dass jedes sechste Kind in Deutschland von Sozialleistungen lebt und selbst die Zahl der einheimischen Armen trotz einer seit zehn Jahren boomenden Wirtschaftskonjunktur nicht sinkt.

Der Marburger Soziologe Martin Schröder behauptet, „fast ausnahmslos“ werde die Ungleichheit in Deutschland „weitaus höher eingeschätzt, als sie tatsächlich ist.“⁸ Die soziale Ungleichheit an den unterschiedlich hohen Einkommen von Armen und Reichen festzumachen, wie es Schröder tut, basiert jedoch auf einem Trugschluss und gleicht einem statistischem Taschenspielertrick. Denn man kann zwar Armut mit ei-

nem geringen Einkommen gleichsetzen, Reichtum aber nicht auf ein hohes Einkommen reduzieren. Vielmehr gehört zum Reichtum immer auch und sogar in allererster Linie ein großes Vermögen. Selbst eine kräftig sprudelnde Einkommensquelle kann nämlich – z.B. aufgrund einer plötzlichen Insolvenz des Arbeitgebers – von heute auf morgen versiegen, ein nennenswertes Vermögen sich hingegen nicht über Nacht in Luft auflösen.

Dieser Einwand trifft auch das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) bzw. das von ihm lancierte Narrativ, wonach die soziale Ungleichheit (gemeint: die Einkommensungleichheit) nur bis 2005 gestiegen, seither aber stabil geblieben ist. Judith Niehues, Leiterin der IW-Forschungsgruppe Mikrodaten und Methodenentwicklung, räumte in einem Buchbeitrag zwar ein, dass die soziale Ungleichheit heute höher ist als in den 1990er-Jahren, behauptete jedoch, dass sie nur „bis etwa 2005“ gestiegen sei, während „seit etwa 2005“ alle Bevölkerungsschichten „relativ in etwa gleichem Maße von der guten wirtschaftlichen Entwicklung“ profitiert hätten.⁹ Am 1. Januar des mehrfach genannten Jahres ist das im Volksmund „Hartz IV“ genannte Gesetzespaket der rot-grünen Bundesregierung in Kraft getreten und am 22. November 2005 übernahmen CDU und CSU in der ersten Großen Koalition unter Angela Merkel wieder die Regierungsführung – ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich ausgerechnet von nun an nicht mehr vertieft haben soll!

Andere Daten als vom IW werden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) verwendet, das zwischen 2005 und 2009 sogar einen leichten Rückgang der Einkommensungleichheit festgestellt hatte. Nach dem Ende der Finanzkrise habe sich das Blatt aber wieder gewendet, schreiben die DIW-Mitarbeiter Markus M. Grabka, Jan Goebel und Stefan Liebig: „So zeigt sich seit 2010 ein erneuter signifikanter Anstieg der Einkommensungleichheit in Deutschland, der für das Jahr 2016 seinen bisherigen Höchststand seit der Wiedervereinigung erreicht.“¹⁰ 2016 ist das letzte Jahr, für welches Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zur Verfügung stehen, die vom DIW ausgewertet wurden.

Parallel zum gängigsten Ungleichheitsmaß, dem nach einem italienischen Mathematiker benannten Gini-Koeffizienten, hat sich übrigens auch die auf der Grundlage des Mikrozensus – der mit Abstand größten und aussagekräftigsten Sozialstatistik der Bundesrepublik – erhobene Armuts(gefährdungs)quote entwickelt: von 14,7 Prozent (2005) über 14,0 Prozent (2006), 14,3 Prozent (2007), 14,4 Prozent (2008), 14,6 Prozent (2009), 14,5 Prozent (2010), 15,0 Prozent (2011), 15,0 Prozent (2012), 15,5 Prozent (2013), 15,4 Prozent (2014), 15,7 Prozent (2015) und 15,7 Prozent (2016) auf 15,8 Prozent im letzten verfügbaren Jahr (2017).¹¹ Demnach verfügten zuletzt 13,4 Millionen Menschen in Deutschland über ein Nettoeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians, d.h. 999 Euro monatlich, wenn sie alleinstehend waren und im eigenen Haushalt lebten. Davon mussten sie, wenn ihnen keine Immobilie gehörte, noch die Miete für ihre Wohnung bezahlen, was deutlich macht, wie bescheiden ihr Lebensstandard war.

Angeichts solch hoher Armutszahlen und miserabler Zustände ist Schröders zentrale These mehr als fragwürdig, „dass die Wissenschaft von der Gesellschaft ein

zu negatives Bild ihres Untersuchungsgegenstands reproduziert und dieses in die Gesellschaft hineintransportiert, wo es Schülern letztlich ein zu negatives Bild der Welt vermittelt.“¹² Auch gehört Chuzpe dazu, Karl Marx und Oswald Spengler, dessen „Untergang des Abendlandes“ bis heute Rassisten und Rechtsextremisten wie die Protagonisten von PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) inspiriert, an gleicher Stelle eine „kulturpessimistische Sichtweise“ vorzuwerfen, nur weil Ersterer im Kommunistischen Manifest eine Verarmung des Proletariats vorausgesagt hat. Dabei ist Marxens Voraussage für Milliarden Beschäftigte, die in vielen Teilen der Welt für Hungerlöhne geschuftet haben oder immer noch schufteten, bittere Realität geworden, wie auch die Arbeits- und Lebensbedingungen von Millionen Beschäftigten des hiesigen Prekariats, von Paketboten, Fahrradkurieren und Mitarbeiter(inne)n in deutschen Schlachtbetrieben, durchaus Ähnlichkeit mit seinem Horrorszenario aufweisen.

Ähnlich wie Martin Schröder beklagt der frühere Caritas-Generalsekretär Georg Cremer den angeblichen „Niedergangsdiskurs“ und konstatiert demgegenüber, dass Deutschland gerechter sei, als wir meinen. Er führt zur Begründung seines Buchtitels die „seit 2005 alles in allem erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik“ und die gestiegenen Sozialausgaben des Staates an.¹³ Letztere sind in Relation zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts während des mittlerweile zehn Jahre andauernden Booms sogar eher gesunken und könnten andernfalls ebenso gut als Indiz für wachsende soziale Probleme gewertet werden.

Deutschland ist aus zwei Gründen sogar ungerechter, als die meisten Bürger/innen glauben: *Erstens* beträgt die Dunkelziffer oder Nichtinanspruchnahmequote, also der Anteil jener Personen, die aufgrund ihrer Armutslage staatliche Transferleistungen beantragen könnten, es aber nicht tun, weil sie nicht wissen, dass es solche Sozialtransfers gibt, weil sie keine Kenntnis von ihrer eigenen Anspruchsberechtigung haben, weil sie zu stolz sind, beim Staat vorstellig zu werden, sich schämen, den Papierkrieg mit einer Behörde scheuen oder deren Unterhaltsrückgriff auf enge Verwandte fürchten, bei Hartz IV ca. 50 Prozent und bei der Grundsicherung im Alter bis zu 68 Prozent.¹⁴ Von zwei möglichen Bezieh(er)in(ne)n von Arbeitslosengeld II stellt also eine/r keinen Antrag und von drei armen Senior(inn)en verzichten zwei auf die ihnen zuständigen Transferleistungen.

Zweitens wird die Vermögenskonzentration in Deutschland systematisch unterschätzt. Das hat mit Helmut Schelskys Charakterisierung der „alten“ Bundesrepublik als „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ ebenso zu tun wie mit Ludwig Erhards Leitbild der „Sozialen Marktwirtschaft“ – Euphemismen für den (west)deutschen Kapitalismus, die im beginnenden „Wirtschaftswunder“ entstanden sind und bis heute das Alltagsbewusstsein prägen. Auch erfassen die verfügbaren Datenquellen die höchsten Einkommen entweder – wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes – aufgrund einer „Abschneidegrenze“ gar nicht oder sind gerade im obersten Bereich wegen Verschleierungstaktiken der Spitzenverdiener ziemlich ungenau. DIW-Mitarbeiter haben herausgefunden, dass auch Studien zu den Verteilungsrelationen auf der Basis von Bevölkerungserhebungen die Vermögensun-

gleichheit in Deutschland tendenziell unterschätzen.¹⁵ Schließlich kann man auch nicht auf Zahlen des Staates zur Verteilung des Privatvermögens zurückgreifen, weil dieser selbst über keine Daten mehr verfügt, seitdem er die Erhebung der Vermögensteuer zum 1. Januar 1997 beendet und die Kapitalertragsteuer zum 1. Januar 2009 in eine pauschale Abgeltungsteuer in Höhe von 25 Prozent umgewandelt hat, die von den Banken erhoben und ohne persönliche Veranlagung der Steuerpflichtigen an ihn weitergeleitet wird.

Rückgang der globalen Armut?

Sind weder die Ungleichheit noch die relative Armut in Deutschland gesunken, dann wird man doch wenigstens die Erfolge der Vereinten Nationen im Kampf gegen die absolute Armut in der sog. Dritten und Vierten Welt ohne schlechtes Gewissen feiern dürfen – oder etwa nicht? Auf ihrem Gipfeltreffen im September 2015 haben die Staats- und Regierungschefs der UN-Mitgliedsländer eine „Agenda 2030“ beschlossen, die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG) festlegt.¹⁶ In unserem Zusammenhang sind das Ziel 1 „Armut in allen ihren Formen und überall beenden“ und das Ziel 10 „Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern“ von höchstem Interesse. Bis zum Jahr 2030 soll die extreme Armut gänzlich beseitigt werden. Martin Schröder spricht bereits jetzt von einem „rapiden Rückgang der weltweiten Armut“, wobei er sich auf Statistiken der Weltbank stützt, wonach kurz nach der Jahrtausendwende noch über ein Viertel der Menschheit in absoluter Armut lebte, während es heute bloß noch ca. 10 Prozent sind.¹⁷ Gleichzeitig beklagt Schröder, dass dieser enorme Fortschritt bisher nur wenigen Deutschen bewusst sei.

Manchmal kommen die subjektiven Eindrücke „normaler“ Bürger/innen der Wirklichkeit jedoch näher als Statistiken von Institutionen, die damit ihre Erfolge belegen wollen. Unterzieht man die Daten der Weltbank einer Methodenkritik, verliert der Triumph über die absolute Armut nämlich an Glanz, wenn er sich nicht sogar als Pyrrhussieg erweist. Denn wie es scheint, ist zwar die Zahl der – offiziell registrierten – extrem Armen weiter gesunken, die Zahl der relativ Armen jedoch im selben Zeitraum gestiegen. Das geschah schon einmal, als die Zahl der extrem Armen von 1,9 Milliarden (1981) auf 1,3 Milliarden (2008) sank, die Zahl der relativ Armen hingegen von 2,5 Milliarden (1990) auf 2,7 Milliarden (2008) stieg.¹⁸

Jason Hickel, Anthropologe an der London School of Economics and Political Science, sprach aufgrund der Erfahrungen mit den beim UN-Sondergipfel im September 2000 verkündeten Entwicklungszielen der Millenniumserklärung (Millennium Development Goals, MDGs) von einer Lüge hinsichtlich der abnehmenden Armut.¹⁹ Auch der in Yale lehrende Armutsforscher Thomas Pogge warf den Vereinten Nationen und der Weltbank statistische Trickereien und Manipulationen vor: „Die Messmethoden und Definitionen wurden immer rückwirkend angepasst, und jede neue Anpassung führte zu neuen Erfolgsmeldungen.“²⁰

Laut den Angaben der Weltbank, die eine Internationale Armutsgrenze (International Poverty Line, IPL) festgelegt hat, ist eine Person arm, die mit weniger als 1,90 US-Dollar (kaufkraftbereinigt, d.h. bezogen auf das Preisniveau der Vereinigten Staaten) pro Tag auskommen muss. Der genannte Schwellenwert basiert auf dem Durchschnitt der Armutsgrenzen von 15 der ärmsten Entwicklungsländer und ist selbst für viele afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Staaten viel zu niedrig angesetzt: „Es wäre abwegig zu glauben, die Armut wäre überwunden, wenn alle Menschen über ein Pro-Kopf-Einkommen von mindestens 1,91 US-Dollar pro Tag verfügten. Diese Armutsgrenze kann allenfalls die Schwelle des Überlebens markieren, nicht aber die Schwelle zum ‚angemessenen Lebensstandard‘, wie er als Recht in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte allen Menschen zugestanden wird.“²¹

In den Vereinigten Staaten würde man mit einem so geringen Geldbetrag nach einiger Zeit verhungern. Außerdem beruht die Bestimmung der Kaufkraftparitäten auf internationalen Warenkörben, die sich nicht am spezifischen Verbrauchsverhalten von Armen orientieren. Manches deutet somit darauf hin, dass es sich beim deutlichen Rückgang der globalen Armut um ein statistisches Artefakt handelt. Ohne den Wirtschaftsaufschwung der ostasiatischen „Tigerstaaten“ und der Volksrepublik China wäre vermutlich sogar ein Anstieg der extremen Armut im Weltmaßstab zu verzeichnen. Würde man die nationalen Armutsgrenzen der einzelnen Staaten verwenden, ergäbe sich ein ganz anderes, jedoch viel genaueres Bild der globalen Armut.

Ähnlich wie bei der Armut verhält es sich bei der sozioökonomischen Ungleichheit, deren bedrückendster Teil sie ist. Zwar hat die Ungleichheit zwischen den Ländern zuletzt abgenommen, innerhalb der Länder des globalen Nordens wie des globalen Südens ist sie aber gewachsen. Während die absolute Armut in den Schwellenländern deutlich zurückgegangen ist, hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich beispielsweise in China und Indien enorm vertieft. Ganz anders ist die Entwicklung in einigen Staaten Südamerikas verlaufen, etwa in Bolivien, Brasilien und Uruguay: „Dort hat in der letzten Dekade eine proaktive Sozialpolitik zu einer Reduzierung der Einkommensungleichheit geführt. Es ist zu befürchten, dass angesichts des politischen *backlashs* in einigen dieser Länder soziale Fortschritte nun wieder zunichte gemacht werden.“²²

Ungleichheit – wohlgermerkt nicht: Migration – ist die Mutter aller politischen Probleme, denn sie führt zu Krisen, Kriegen und Bürgerkriegen, die wiederum dazu beitragen, dass sich nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) gegenwärtig fast 75 Millionen Menschen auf der Flucht befinden – mehr denn je seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges.²³ Trotzdem lautet Schröders frohe Botschaft: Früher war zwar manches schlecht, doch jetzt wird alles gut. Aber wenn schon alles gut ist, wird nichts mehr besser. Deshalb ist es nach wie vor notwendig, den Finger in die Wunden zu legen und fortbestehende Missstände anzuprangern.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, *Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*, Weinheim/Basel 2019
- 2 Siehe Walter Krämer, *Armut in der Bundesrepublik. Zur Theorie und Praxis eines überforderten Begriffs*, Frankfurt am Main/New York 2000, S. 33, 61, 25 und 33
- 3 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, *Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird*, 4. Aufl. Frankfurt am Main/New York 2016; ders., *Armut*, 4. Aufl. Köln 2019
- 4 Walter Krämer, *Werden die Deutschen immer ärmer?*, in: *GWP* 4/2005, S. 397
- 5 Meinhard Miegel, *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*, Berlin/München 2002, S. 105
- 6 Vgl. Richard Hauser, *Armut und Teilhabe*, in: *GWP* 1/2016, S. 63 ff.
- 7 Eric Seils/Jutta Höhne, III. WSI-Kinderarmutsbericht: *Kinderarmut und Flüchtlingskrise*, Düsseldorf, April 2017, S. 9 (https://www.boeckler.de/pdf/wsi_vm_kinderarmut_2015.pdf; 1.7.2019)
- 8 Siehe Martin Schröder, *Warum die Gesellschaftswissenschaften keinen realitätsgetreuen Blick auf die Welt vermitteln*, in: *GWP* 2/2019, S. 237
- 9 Siehe Judith Niehues, *Entwicklung der sozialen Ungleichheit in Deutschland – Fakten und subjektive Wahrnehmungen*, in: Martin Dabrowski/Judith Wolf (Hrsg.), *Armut und soziale Gerechtigkeit in Deutschland*, Paderborn 2018, S. 39, 33 und 38
- 10 Markus M. Grabka/Jan Goebel/Stefan Liebig, *Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen*, in: *DIW-Wochenbericht* 19/2019, S. 349
- 11 Vgl. Statistisches Bundesamt, *Armutsgefährdungsquote gemessen am Bundesmedian in Prozent im Zeitvergleich* (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Sozialberichterstattung/Tabellen/liste-armutsgefahrdungsquote-bundeslaender.html;jsessionid=1938773EC77C239D253531F993B72F3C.internet711;24.6.2019>)
- 12 Siehe Martin Schröder, *Warum die Gesellschaftswissenschaften keinen realitätsgetreuen Blick auf die Welt vermitteln*, a.a.O., S. 238
- 13 Siehe Georg Cremer, *Deutschland ist gerechter, als wir meinen. Eine Bestandsaufnahme*, München 2018, S. 118
- 14 Vgl. Irene Becker, *Finanzielle Mindestsicherung und Bedürftigkeit im Alter*, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 2/2012, S. 123
- 15 Vgl. Christian Westermeier/Markus M. Grabka, *Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland*, in: *DIW-Wochenbericht* 7/2015, S. 123 ff.
- 16 Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.), *Agenda 2030. 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung* (http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/2030_agenda/17_ziele/index.html; 2.7.2019)
- 17 Siehe Martin Schröder, *Warum die Gesellschaftswissenschaften keinen realitätsgetreuen Blick auf die Welt vermitteln*, a.a.O., S. 238
- 18 Vgl. Shaohua Chen/Martin Ravallion, *More Relatively-Poor People in a Less Absolutely-Poor World*. Washington, D.C., Juli 2012 (World Bank Policy Research Working Paper 6114), S. 13, 17 und 22 (<http://documents.worldbank.org/curated/en/849471468331812733/pdf/WPS6114.pdf>; 2.7.2019)
- 19 Vgl. Jason Hickel, *Die Millenniumslüge. Die Erzählung von der abnehmenden Armut ist falsch*, in: *Weltwirtschaft und Entwicklung (W&E)* 9/2014, S. 2 ff.
- 20 „Mit falschen Zahlen beruhigt“. Der Armutsforscher Thomas Pogge über beschönigte und verzerrende UN-Statistiken, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 25.9.2015, S. 8
- 21 Jens Martens/Wolfgang Obenland, *Die Agenda 2030. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung*, 2. Aufl. Bonn/Osnabrück, November 2017, S. 32
- 22 Ebd., S. 102 (Hervorh. im Original)
- 23 Vgl. UNHCR Population Statistics Database (<http://popstats.unhcr.org/en/overview>; 3.7.2019)